



Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), der Richtlinie (EU) 2016/680 (JI-RL) und dem Landesdatenschutzgesetz (LD SG) Rheinland-Pfalz für den Einsatz von Bodycams im KVD

Dem Kommunalen Vollzugsdienst (KVD) des Ordnungsamtes der Stadtverwaltung Bad Kreuznach ist der Einsatz von körpernah getragenen Aufzeichnungsgeräten (sog. Bodycams) nach § 31 POG erlaubt. Die Verarbeitung erfolgt je nach Zweck auf Grundlage der DSGVO oder nach den Vorschriften zur Umsetzung der JI-Richtlinie (EU-2016/680) und dem Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz für den Bereich der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

1	Verantwortlich für die Datenverarbeitung	Stadtverwaltung Bad Kreuznach -Ordnungsamt - Kornmarkt 5, 55543 Bad Kreuznach Telefon 0671/800-0, 0671/800-111 E-Mail: ordnungsbehoerde@bad-kreuznach.de
2	Kontakt Daten der Datenschutzbeauftragten	Stadtverwaltung Bad Kreuznach -Behördliche Datenschutzbeauftragte - Kornmarkt 5, 55543 Bad Kreuznach Telefon 0671/800-150 E-Mail: datenschutz@bad-kreuznach.de
3	Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	<u>Zweck:</u> Präventiver Einsatz der Bodycam zum Schutz der Einsatzkräfte von Dritten gegen eine Gefahr für Leib und Leben, Gefahrenabwehr, Eigensicherung, Deeskalation von Konfliktsituationen. Die Datenverarbeitung erfolgt grundsätzlich nur in dem Verfahren, für dessen Zweck die Daten erhoben wurden. In gesetzlich vorgeschriebenen Fällen werden ihre Daten weiterverarbeitet, insbesondere nach § 31 Absatz 7 POG (Einsatz/ Verarbeitung zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, auch zur Beweissicherung). <u>Rechtsgrundlagen:</u> Ihre Daten werden auf Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e, Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit § 3 LD SG und § 31 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) Rheinland-Pfalz sowie §§ 28 und 29 ff Landesdatenschutzgesetz (LD SG) zur Umsetzung der JI-Richtlinie verarbeitet.
4	Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden	Wir erheben und verarbeiten folgende Informationen: Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben (u.a.: Vorname, Nachname, Adressdaten, Geburtsdaten, Kontaktdaten); Bild- und Tondaten in den Aufnahmen, Angaben zum Sachverhalt, Biometrische Daten (aus Lichtbildern) sofern zur Identifikation einer Person erforderlich, Daten zur sexuellen Orientierung oder

		ethnischen Herkunft – nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen z.B. bei Antidiskriminierungsverfahren.
5	Empfänger der Daten oder Kategorien von Empfängern	Ihre personenbezogenen Daten werden innerhalb des Kommunalen Vollzugsdienstes verarbeitet und nur bei Erforderlichkeit weitergegeben an Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichte/ Justizbehörden.
6	Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland	Eine Übermittlung an ein Drittland ist nicht vorgesehen.
7	Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Die Daten werden grundsätzlich für 30 Tage gespeichert, sofern diese nicht für Verfolgung, Straftaten und Gefahrenabwehr benötigt werden. Die Daten werden nach Abschluss des jeweiligen Verfahrens nach einer Dauer von 10 Jahren vernichtet.
8	Betroffenenrechte	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte: - Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO). - Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO). - Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft. Sofern eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, tritt an ihre Stelle die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO. - Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der verantwortlichen Stelle gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO). - Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO). - Hinweis: Im Rahmen der Anwendung der JI-Richtlinie sind die Betroffenenrechte eingeschränkt, insbesondere dann, wenn dies zur Verhinderung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, zur Sicherung von Ermittlungen oder zur Wahrung des öffentlichen Interesses erforderlich ist. Die Einschränkungen dürfen jedoch nur im Einzelfall und nur soweit erfolgen, wie sie zwingend erforderlich sind. Dabei ist stets zu prüfen, ob die Einschränkung im konkreten Einzelfall notwendig und verhältnismäßig ist.
9	Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Nachstehend ist die für die Stadtverwaltung Bad Kreuznach zuständige Datenaufsichtsbehörde genannt: Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, E-Mail poststelle@datenschutz.rlp.de.